



Kiel, 20. Juli 2011

Nr. 220/2011

Birte Pauls:

## Es gibt kein Erkenntnisproblem sondern ein Handlungsdefizit in der Pflegepolitik

*Zu den Äußerungen über den Fachkräftemangel und die Ausbildungsprobleme in der Pflege des Arbeitsagentur-Regionalchefs Jürgen Goecke erklärt die pflegepolitische Sprecherin Birte Pauls:*

„Nachdem nun die Arbeitsagentur auch auf die Probleme des Fachkräftemangels in der Pflege aufmerksam macht, hoffe ich, dass die Landesregierung vielleicht jetzt aktiv wird. In den vergangenen Monaten hat die SPD auf ihre vielen Pflegeinitiativen nur warme Worte des Sozialministers gehört, aber nichts ist passiert.

Um den Bedarf an Pflegefachkräften aktuell und in der Zukunft zu decken, brauchen wir mehr Ausbildungsplätze und die Ausbildung für Pflegeberufe muss genauso wie ein Medizinstudium kostenlos sein. Die landesgeförderten Ausbildungsplätze in der Altenpflege reichen nicht aus und ein Schulgeld schreckt viele junge Menschen ab. Eine umlagefinanzierte Ausbildung, an der sich alle Pflegeanbieter beteiligen, wäre der richtige Schritt. Das unterstützen wir voll und ganz.

Dazu gehört aber auch, dass die Ausbildung zur Pflegefachkraft von Umschülern vollständig übernommen wird. Hier fehlt bisher eine Nachfolgeregelung zum Konjunkturpaket II des Bundes und so müssen Umschüler das dritte Ausbildungsjahr aktuell wieder eigenständig finanzieren.

Neben der Finanzierung muss die Ausbildung flexibel im Modulsystem in einer gemeinsamen Ausbildung von Kranken- und Altenpflege organisiert werden. Modellprojekte gibt es hierzu. Die Bundesregierung muss nun aktiv werden. Doch sie hat dieses Vorhaben und auch die dringend benötigte und für dieses Jahr groß angekündigte Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs wieder einmal auf die lange Bank geschoben und Aktivitäten erst für 2012 signalisiert.

Und damit Pflegekräfte nach einer guten Ausbildung ihrem Beruf lange treu bleiben, müssen die Arbeits- und Rahmenbedingungen deutlich verbessert werden. Feste und verlässliche Arbeitszeiten, die vereinbar mit Bedürfnissen von Familien sind, sowie die Möglichkeit, Pflegekompetenz von Fachkräften so anzuwenden, wie sie benötigt wird und nicht wie Minuten

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

es vorschreiben, sind nur zwei Faktoren, die die Attraktivität des Berufes steigern. Die jetzigen Mindestlöhne in der Pflege von 7,50 € Ost und 8,50 € West können nur eine absolute Untergrenze sein.

Bedauerlicherweise werden sämtliche SPD-Anträge, die das Ziel einer Verbesserung in und für die Pflege haben, von der CDU und FDP abgelehnt. So bleibt festzuhalten, dass wir kein Erkenntnisproblem, sondern ein wirkliches politisches Handlungsdefizit bei der Bundes- und Landesregierung haben.“